

INFOPERU Nr. 40

Der Newsletter der Informationsstelle Peru e.V.

13.12.2015

Inhaltsverzeichnis:

1. Editorial InfoPeru 40 (Mechthild Ebeling)
2. Menschenrechtspreise 2015 (Hildegard Willer)
3. Amazonas-Reporter (Miguel Angel Angulo)
4. Agrar-Kooperative vor dem Aus (Heinz Schulze)
5. Schengen-Visum: ohne Pass kein Visum (Heinz Schulze)
6. Illegale Goldschürfer ermorden Waldschützer (Hildegard Willer)
7. Der Übergang zu einem post-extraktivistischen Modell (Mattes Tempelmann)
8. Regenwaldschützer von Haftstrafen bedroht (Heinz Schulze)
9. Sollen isoliert lebende Indigene kontaktiert werden ?(Heinz Schulze)
10. ZDF-Film „Dreckiges Gold“

1. Editorial No 40

Liebe Leserin, lieber Leser,

in sieben Städten Deutschlands war Antonio Zambrano von dem peruanischen Netzwerk MOCICC (Movimiento Ciudadano frente al Cambio Climatico) innerhalb einer Woche unterwegs, bevor er

nach Paris reiste , um sich dort als Vertreter der Zivilgesellschaft in die peruanische Delegation bei der COP 21 einzugliedern.

In seinen Diskussionsveranstaltungen berichtete er von der Arbeit und Rolle des MOCICC , welche sich zur Aufgabe gestellt hat, in der peruanischen Gesellschaft alle Kräfte zu sammeln, um die Ursachen und Auswirkungen des Klimawandels in Peru anzugehen, und dabei besonders die am stärksten von diesem globalen Phänomen betroffenen und gefährdeten Bevölkerungsgruppen einzubeziehen. MOCICC vertritt die These, dass die umweltschädlichen und sozioökonomischen Folgen nur durch die Verbindung von modernem Wissen und Technologie mit den traditionellen Kenntnissen und Lebensweisen der Lokalbevölkerung angegangen werden kann; letztere soll damit auch wieder mehr wertgeschätzt werden.

„Klima und Umwelt – das sind Gemeingüter, sie müssen deshalb unentgeltlich und für alle verfügbar sein!“ Das ist eine enorme politische und auch soziale Herausforderung, der sich Peru, seine Regierung und auch seine Wirtschaft stellen müssen. - Und obwohl in Peru laut einer kürzlich veröffentlichten Umfrage weniger als 10 Prozent der Bevölkerung weiß, worum es sich bei der

COP handelt und Klimawandel nicht zu den alltäglichen Themen gehört, nahmen am 29. November in Lima Tausende von Demonstranten an der „Marcha Mundial por el Clima“ teil; auch in anderen Städten Perus gingen überraschend viele Menschen auf die Straße.

Nur zwei Tage davor fand in Lima der dritte nationale Kongress indigener Frauen statt, welcher andine Frauen und auch Vertreterinnen aus dem Amazonasgebiet vereint. Hauptforderung der Repräsentantinnen war die Anerkennung und Titulierung ihrer Territorien, vor allem um sie vor Megaprojekten des Extraktivismus zu schützen. Auch der Klimawandel wurde diskutiert: „Wir Frauen sind am stärksten verwundbar durch den Klimawandel!“, war eine kämpferische These. Aber auch die seit Jahrhunderten bestehende dreifache Diskriminierung, die Frauen erleiden, weil sie Frauen sind, weil sie Indigen sind und weil sie arm sind, wurde auf dem Kongress eindeutig und mutig bloßgestellt.

Mutig ist auch Saul Luciano Lliuya, Kleinbauer und Bergführer aus der Region von Huaraz, der – mit Unterstützung der NGO Germanwatch – die Initiative ergriffen hat, den deutschen Energieriesen RWE zu verklagen. Die Gletscherschmelze oder gar ein Gletscherabbruch, der in den See kracht, drohen oberhalb von Huaraz einen Gletschersee zu überfluten. Das kann 10.000 bis 20.000 Tote zur Folge haben. Mitverursacher der beschleunigten Gletscherschmelze sind Energieproduzenten wie RWE mit ihrem CO₂-Ausstoss. Die Schutzklage gegen RWE betritt juristisches Neuland, ist eine Art Musterklage mit Signalcharakter. Es kann sein, dass dies ein langer Klageweg wird, so die erfahrene Rechtsanwältin, die Luciano vertritt. Einen Eindruck von der Situation vermittelt: <https://germanwatch.org/de/der-fall-huaraz>

So in die Öffentlichkeit treten wollen etliche Gruppen nicht kontaktierter Indigener in der Region Madre de Dios absolut nicht, obwohl die Einschränkung ihrer Rechte auch negative Folgen für den Regenwald der Amazonasregion hat. Eine Debatte in Peru zeigt, wie unterschiedlich die Positionen bezüglich der geschätzt 8000 in freiwilliger Isolation lebenden Indigenen sind:

Eine „kontrollierte Kontaktaufnahme“ wollen vor allem der wirtschaftlichen „Entwicklung“ nahestehende Medien und Verbände; andere wollen diese Menschen „zivilisieren“ und aus ihrem Status als „Wilde“ erlösen. FENAMAD, ein lokaler Zusammenschluss indigener Dorfgemeinschaften, anerkennt und verteidigt das Recht ihrer indigenen Brüder und Schwestern, eine andere Lebensweise in freiwilliger Isolierung zu erhalten. – Diese breite und vielfältige Debatte hat Heinz Schulz zusammen getragen und dabei auch aufgezeigt, welche vielfältigen Interessen in Peru eine Rolle spielen, wenn „Strategien für eine nachhaltige Entwicklung“ diskutiert und festgelegt werden sollen.

Viel Spaß beim Lesen unseres neuen InfoPeru!

Mechthild Ebeling
(Informationsstelle Peru e.V)

2. Menschenrechts-Preise 2015

Am 8. Dezember zeichnete der Dachverband der peruanischen Menschenrechtsgruppen „Coordinadora Nacional de Derechos Humanos“ zum 25. Mal Personen und Gruppen aus, die sich um die Menschenrechte in Peru besonders verdient gemacht haben. Geehrt wurden heuer: posthum der im September verstorbene Journalist Raúl Wiener, der sowohl bereits in den 90er Jahren die Korruption unter Alberto Fujimori aufdeckte, als auch die betrügerische Steuerpraxis der Bergbaufirma Yanacocha.

Besonder erwähnt wurde die Bäuerin Máxima Acunha de Chaupe aus Cajamarca für ihren Kampf gegen Yanacocha, sowie die Vereinigung der zwangssterilisierten Frauen aus Anta (Cusco) und

Huancabamba (Piura). (Siehe Foto) Sie haben erreicht, dass der peruanische Staat ihnen Entschädigungen in Aussicht gestellt hat.

Der jährliche Journalistenpreis ging an das erst letztes Jahr gegründete investigative Nachrichtenportal www.ojo-publico.com, das u.a. den illegalen Bergbau, die betrügerischen Praktiken von Privatkliniken und die Vermögensverhältnisse der Kandidaten für die letzten Regionalwahlen recherchierte.

Der Spezialpreis „Angel Escobar Jurado“ ging an die Richterin Inés Tello, die in mehreren Anti-Korruptions-Fälle Recht gesprochen hat und den Mut hatte, die Mitglieder der paramilitärischen Gruppe Colina zu hohen Haftstrafen zu verurteilen.

Hildegard Willer

3. Amazonas-Reporter

Der Ausbau einer Wasserstrasse bedroht kulturelle Gebräuche der Kukama Kukamiria. Die Indigenen-Gemeinschaft am Amazonas verteidigt ihre Flüsse, Nahrungsquellen und Lebensräume, die für ein Megaprojekt ausgebagert werden sollen.

Die kleine Schwester von Raúl Padilla war 5 Jahre alt, als sie zum Waschen an den Fluss ging und nie mehr zurückkehrte. „Wir fanden ihre Kleider, ihre Seifenbox und ihre Seife, sonst nichts“, erzählt der Fischer aus der Gemeinschaft der Kukama Kukamiria aus Puerto Prado, am Flusslauf des Marañón im nordöstlichen Amazonasgebiet Perus.

Eine Woche nachdem die Kleine verschwunden war, sah der Vater von Padilla, wie sie aus dem Wasser stieg; als er ihr nachlaufen wollte, verschwand sie wieder. Ein Schamane sagte ihm, dass seine Tochter nicht tot sei, dass sie im Wasser lebte, weil ein Yakaruna – ein Wassergeist – sie geraubt hatte, um sie zu heiraten. „Sie lebt am Grunde des Flusses“, sagte Padilla, „dort lebt sie jetzt“.

Für die Kukama – ein indigenes Volk des Amazonas, das am Ufer des Marañón lebt, und dessen Haupterwerbsquelle der Fischfang ist – ist der Fluss nicht nur Nahrungsquelle, Wasser zum Waschen oder Baden; im Fluss leben auch die Angehörigen, die ertrunken sind, deren Körper nie gefunden wurden, die aber weiterleben.

Ihre Eltern, Geschwister oder verschwundenen Kinder leben in grossen Städten am Grunde des Flusses weiter, dort hat es Plätze, Strassen, Verkehrsmittel; dort leben sie zusammen mit den Wassergeistern, den *Yakarunas*, und anderen Lebewesen, die das Gleichgewicht des Lebens für die Kukama garantieren.

Diese Welt und ihre Verbindung zu den Kukama wird bedroht von einem Projekt, das diejenigen Stellen ausbagern will, an denen sich die Geister zurückziehen: die Amazonische Wasserstrasse möchte die Flüsse, Häfen und Strassen zwischen Brasilien und Peru miteinander verbinden, in dem die Flüsse Ucayali, Marañón, Amazonas und Huallaga 24 Stunden durchgängig und das ganze Jahr über befahrbar gemacht werden für grosse Schiffe auf ihrem Weg vom Atlantik zum Pazifik.

Dieses Vorhaben soll, so die staatliche Investitionsbehörde *Proinversion*, 74 Millionen US-\$ kosten und ist eine von 10 Projektachsen der „Initiative für die Integration der Regionalen Infrastruktur in Südamerika (IIRSA). In Peru hat IIRSA bisher die Strasse „Interoceánica Süd“ gebaut, die Peru, Brasilien und Bolivien verbindet, sowie die Strasse IIRSA Nord, die den Hafen

von Paita, an der Nordküste mit Yurimaguas im Amazonasgebiet verbindet.

“Malos pasos”, ¿para quiénes?

Según el Ministerio de Transportes y Comunicaciones (MTC), la Hidrovía Amazónica incluye el dragado o excavación de 20 “malos pasos” —bancos de arena, remolinos de agua y otros espacios que no permiten la navegación continua— en los ríos mencionados. Pero para los kukama, en estos lugares los chamanes se comunican con los espíritus que curan a los seres humanos y que desaparecerían.

“Schlechte Passagen ” – für wen ?

Die Pläne des Verkehrsministeriums beinhalten die Ausbaggerung von 20 sogenannten “schlechten Passagen “ (*malos pasos*) – Sandbänke, Stromschnellen und andere Hindernisse für die durchgängige Schifffahrt auf den erwähnten Flüssen. Aber für die Kukama sind dies wichtige Orte: dort sprechen die Schamanen mit ihren Geistern, um Menschen zu heilen. Diese Orte sollen nun verschwinden.

“Die *schlechten Passagen* sind für uns heilige Orte, wo die Geschöpfe unter Wasser immer wieder sich aufhalten, dorthin gehen sie, um sich zu erfrischen, wie in einen Park”, sagt Miguel Manihuari, der Vorsitzende der Indigenen-Organisation von Samiria AIDECOS.

Die tägliche Nahrung und das Leben der Kukama scheinen auch bedroht. Bei der Ausbaggerung der “schlechten Passagen” würden auch die Sandbänke am Grunde der Flüsse entfernt, die wiederum, so der Leiter des Reservats Pacay Samiria, Herman Ruiz, all das enthalten und festhalten, was die Strömung heranschwemmt: Kunstdünger aus der Agro-Industrie und Chemikalien und Metalle aus dem illegalen Bergbau und der Drogenherstellung. Wenn der Sand entfernt wird, “dann vergiften sich die Fische mit Schwermetallen, die der Körper nicht assimilieren kann” und schädigen die Menschen , die sich von den Fischen ernähren.

Der Priester Miguel Angel Cadenas von der Pfarrei “Inmaculada” in Iquitos hat 20 Jahre bei den Kukama gelebt und weist darauf hin, dass auch das tägliche Leben betroffen sei. In die kleinen Fischerboote passen gerade mal 1 – 2 Personen zum Fischen, sie würden von den Wellen der grossen Schiffe hin und her geworfen. “Wenn auf dem Marañón auf einmal grosse Schiffe fahren, was passiert mit den Menschen, die sich in kleinen Booten fortbewegen ?“ fragt Cadenas.

Das Risiko wird noch grösser in der Regenzeit , von Februar bis Juni, wenn der Fluss anschwillt, über die Ufer tritt und das Wasser bis fast vor die Häuser ansteigt. Die “Apus” genannten Dorfpräsidenten der Kukama befürchten, dass mit den grossen Schiffen, das Wasser dann die Häuser vollends überschwemmt.

“Am Ufer des Marañón sind Dörfer; wenn die grossen Schiffe nachts vorbeifahren, während wir auf dem Boden oder auf einfachen Holzpritschen schlafen, wächst die Flut und schadet uns”, sagt ein Vertreter des Kukama-Dorfes Bagazán.

Die Indígenas werden konsultiert

In mehreren Anhörungen mit dem Verkehrsministerium konnten die Kukama und andere Indigenavölker ihre Befürchtungen in Bezug auf den Ausbau der Wasserstrasse vorbringen. Dieser Konsultationsprozess begann, als die Kukama-Organisation ACODECOSPAT und das katholische Vikariat von Iquitos das Instituto de Defensa Legal (IDL) in Lima um Hilfe baten, um eine Klage vor dem Gericht in Nauta einzureichen.

Die Klage wurde eingereicht, als das Verkehrsministerium damit begann, das Projekt auszuschreiben, ohne die indigenen Völker vorher zu konsultieren, wie es das Gesetz zur Vorab-

Konsultation verlangt. Das Verkehrsministerium ging davon aus, wie der Verteidiger des Ministeriums in seiner schriftlichen Antwort auf die Klage schrieb, dass die indigenen Völker nicht betroffen seien: “ Die Ausbaggerung einer Sandbank verstösst nicht gegen den religiösen Glauben einer Gemeinschaft”

Dennoch entschieden zuerst das Gericht von Nauta in erster Instanz und danach der Gerichtshof von Loreto, das Projekt auszusetzen und die indigenen Völker vorher zu konsultieren.

Deshalb begann das Verkehrsministerium im Februar 2015 mit einem Konsultationsprozess, das heisst, Informationsveranstaltungen, Debatten innerhalb der Organisationen, Dialogveranstaltungen zwischen Staats-Vertretern und indigenen Gemeinschaften. Dieser Prozess endete mit einer Versammlung vom 18. bis 22. September 2015 in Iquitos, an der die Vertreter des Verkehrsministeriums ebenso teilnahmen wie die 14 betroffenen indigenen Völker: Achuar, Ashaninka, Awajun, Bora, Capanahua, Kichwa, Kukama-Kukamiria, Murui Muinani, Shawi, Shipibo-Konibo, Tikuna, Urarina, Yagua und Yine.

Der für die indigenen Völker zuständige Ombudsmann, Jorge Abrego, streicht heraus, dass dies die erste gemeinsame Konsultation von so vielen indigenen Völkern sei; er fügt hinzu, dass schriftlich vereinbart worden sei – in einer offiziell einsehbaren *Resolución Directoral* – dass mindestens 3 indigene Schamanen ins technische Projektteam aufgenommen werden; ausserdem wurde eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe gebildet, die den ständigen Dialog mit den indigenen Völkern, die von der Wasserstrasse betroffen sind, führen sollen. Abrego fügt hinzu, dass diese Arbeitsgruppe “die erste ihrer Art sei”. Falls die Umweltstudie weitere Beeinträchtigungen aufzeigen sollte, würden diese einem weiteren Konsultationsprozess vorgelegt.

Der Vorsitzende der Regionalen Indigena-Organisation (ORPIO) , Jorge Pérez, gehört zum Team der Arbeitsgruppe. Er meint, dass die Ängste bleiben, und dass sie hoffen, dass die indigenen Völker bei der Bewertung der Umweltstudie miteinbezogen werden.

Bis dahin gehen die Fischer der Kukama wie immer frühmorgens hinaus zum Schiften auf den Marañón, ohne zu wissen, ob das Projekt ihre Nahrungsquelle, ihre Gebräuche und ihr Leben beeinträchtigen wird.

Miguel Angel Angulo Giraldo

übersetzt von Hildegard Willer

Diese Reportage ist im Rahmen des Projektes „Junge peruanische Reporter berichten aus dem Regenwald“ entstanden. Das Projekt wurde von August bis Dezember 2015 in Peru von Infostelle Peru e.V. und Comunicaciones Aliadas durchgeführt und vom BMZ gefördert.

In dieser und in den nächsten Ausgaben des InfoPeru werden wir die deutschen Fassungen der von den jungen Journalisten verfassten Reportagen veröffentlichen.

4. Agrar-Genossenschaft vor dem Aus

Die Kakao-Kooperative Naranjillo aus Huánuco ist eine der erfolgreichsten peruanischen Agrar-Genossenschaften . Ihr strammer Wachstums- und Exportkurs bringt sie nun an den Rand des Bankrotts.

Die Agrarkooperative wurde am 20.12.1964 von 32 Genossen gegründet, mit der Vorstellung, die Zwischenhändler auszuschalten, die schlechte Preise für die Produkte zahlten.

In der Folgezeit lautete die Devise der Geschäftsführung, der Mitgliedern und der externen Berater: Wachstum für den Export.

Wer die Entwicklung von landwirtschaftlichen Projekten, wie Genossenschaften in den Anden und

im Regenwald verfolgt, der hört immer wieder den Namen Naranjillo. Deren Vertreter waren mit ihren Produkten bei allen wichtigen großen Import-Export Events und Märkten, auch im Ausland vertreten, z.B. bei einer Baummesse in China.

Die Verantwortlichen von Naranjillo wurden für ihre wirtschaftliche Weitsicht gelobt und unterstützt.

Diese Genossenschaft hat aktuell einige tausend Mitglieder mit 80 angestellten Arbeitern und Verwaltungsangestellten.

Im Jahr 2009 waren die angelaufenen Schulden 14 Millionen Soles. Heute beträgt der der Schuldenberg ca. 50 Millionen Soles, ca. 16-17 Millionen €.

Gründe für den Schuldenberg sind die steigende Zahl des Personals und die hohen Gehälter der Geschäftsführung. Jetzt steht die Frage an, was mit den Mitgliedern und Arbeitern geschieht. Die Gläubiger wollen ein Konkursverfahren einleiten lassen.

Grundsätzlich geht es um die Frage: Ist es notwendig und angebracht, dass eine Genossenschaft voll auf den Wachstumskurs setzt? Und ist das aus Europa stammende Modell einer Genossenschaft die beste Form für eine auf Gegenseitigkeit bauende Wirtschaftsform oder gibt es andere, bessere Formen der gemeinschaftlichen Ökonomie in ländlichen Regionen Lateinamerikas?

(Infos aus: Inforegion, Peru, 26.11.2015, Heinz Schulze)

5. Schengen-Visum: ohne Pass kein Visum

Politisch ist es bereits entschieden, dass die Visumpflicht für Menschen aus Peru, Kolumbien und Venezuela für den europäischen Schengen-Raum entfällt. Für BesucherInnen aus Kolumbien und Venezuela trifft das praktisch ab dem 3.12.2015 zu. Die Prozedur für Peruanerinnen und Peruaner verzögert sich jedoch bis in die erste Hälfte des Jahres 2016. Grund der Verzögerung ist, dass die technische Umstellung auf die sog. biometrischen Reisepässe noch nicht richtig funktioniert. Die Pässe werden bereits gedruckt. Es steht noch eine Testphase damit aus. Nach Abschluss dieser Testphase wird wohl Präsident Ollanta Humala die endgültige Einigung in Brüssel unterschreiben. Danach erhalten die PeruanerInnen ihre biometrischen Pässe – und damit ist dann wohl das Kapitel Visumsstress vorbei.

Die Infostelle Peru hat sich immer wieder für die Abschaffung der Visumpflicht eingesetzt.

Heinz Schulze

6. Illegale Goldschürfer ermorden Waldschützer

Am 19. November 2015 hatte Alfredo Vracko, 59, wieder einmal vergeblich gewartet: zwar kamen endlich der Staatsanwalt und die Polizei, um die illegalen Goldschürfer vertreiben, die seine Forstkonzession in Madre de Dios besetzt hatten. Die Polizei musste jedoch unverrichteterdinge abziehen, da der Vertreter des Bergbauministeriums nicht eintraf. Stattdessen kamen Vrackos Mörder. Um 19 Uhr abends fuhren zwei Unbekannte im Motorrad vor seine Haus und erschossen Alfredo Vracko kaltblütig.

Der illegale Goldabbau in Madre de Dios hat damit wieder einmal sein entmenschlendes, kriminelles Gesicht gezeigt. Alfredo Vracko, ein Peruaner slowenischer Abstammung, widmete sich seit 1975 der Forstwirtschaft in Madre de Dios. Neben landwirtschaftlichem Land und Forstkonzessionen betrieb er auch eine Wiederaufforstungs-Konzession.

Die Probleme begannen vor rund 10 Jahren: die Forstkonzessionen von Vracko liegen nahe La Pampa, dem Gebiet zwischen Puerto Maldonado und Mazuko, das Goldschürfer illegal besetzt haben. Vracko hatte die Besetzung seines Landes durch Goldschürfer mehrmals bei den Behörden gemeldet und sich damit den Zorn der illegalen Gold-Bergwerksbetreiber zugezogen. Obwohl die Mörder Vrackos noch nicht gefunden sind, geht man davon aus, dass der Mord von einem „Chaval“ genannten Goldschürfer in Auftrag gegeben wurde.

Im Amazonas-Departament Madre de Dios schürfen tausende von Klein- und Kleinstbergleuten nach Gold. Einige von ihnen wollen ihre Tätigkeit legal betreiben und befinden sich auf dem Weg zur Formalisierung und damit auch Legalisierung ihres Geschäftes. Diese Unterscheidung ist wichtig, denn nicht alle Goldschürfer in Madre de Dios sind illegal oder kriminell.

Eine andere grosse Gruppe jedoch hat das Puffergebiet des Naturschutzgebietes Bahajua Sonene besetzt und betreibt dort illegalen Goldabbau. Illegal deshalb, weil in der Nähe des Naturschutzgebietes keine Konzessionen vergeben werden dürfen und deshalb keine Aussicht auf Legalisierung besteht. Dieses „La Pampa“ genannte Gebiet ist ein Zentrum der Kriminalität und Gesetzeslosigkeit. Die Interdiktionspolitik der peruanischen Regierung hat hier nichts gefruchtet, weil die illegalen Goldgräber die Polizisten bestechen. Auch die kontrollierte Abgabe von Benzin und Quecksilber – ohne die die Dieselmotoren in den Abbaugebieten nicht funktionieren – scheitern an der Korruption.

Madre de Dios ist ein Paradox: während international der Goldpreis fällt, holzen die illegalen Goldgräber in Madre de Dios immer mehr Regenwald ab und gewinnen an Einfluss bei Polizei und Regierung. Der amtierende Regionalpräsident Luis Otsuka steht den illegalen Goldschürfern nahe und unterstützt einen wochenlangen Streik der Bergleute gegen die Regierungsmassnahmen, der Madre de Dios lahmlegt.

Hildegard Willer

7. Der Übergang zu einem post-extraktivistischen Modell

“Die Völker können entscheiden, ob sie den Weg der Entwicklung oder den Weg der Armut gehen wollen”, sagte Pedro Cateriano, der Premierminister Perus. Anlass war der Konflikt um das Kupferabbauprojekt Tía María, das praktisch das ganze Jahr 2015 über die Öffentlichkeit bewegt hat. Die Meinung Caterianos bringt den politischen Diskurs Pro-Bergbau zum Ausdruck, der in Peru vorherrscht und fest davon überzeugt ist, dass der Bergbau Fortschritt und wirtschaftliche Entwicklung in die Bergbauregionen des Landes bringt.

Aber es geht nicht nur um Peru. Das selbe findet in anderen Ländern Lateinamerikas statt. Seit der Kolonialzeit funktioniert ein extravistisches System mit einer „rohstoffexportierenden Wirtschaft“. Dies bedeutet, dass die natürlichen Ressourcen (Erdöl, Kupfer, Gold etc.) in andere Länder exportiert werden, ohne weiter oder nur sehr wenig verarbeitet zu werden. Dieses System führt zu einer grossen Abhängigkeit der Länder von der Weltwirtschaft und der Nachfrage des Marktes.

Peruanischer Kontext des Extraktivismus

Zwischen 1990 und 2000 fand unter der Regierung von Alberto Fujimori, in Peru eine Flexibilisierung des Bergbausektors statt, Staatsbetriebe wurden privatisiert. Diese Tendenz hält bis heute an. Heute ist der neoliberale Extraktivismus, wie ihn Anthony Bebbington nennt, wirtschaftlich und politisch gefestigt. Für den peruanischen Staat ist der Bergbau der Hauptmotor

für die Entwicklung des Landes, denn die Unternehmen versprechen Investitionen und Arbeitsplätze. Deswegen hat die peruanische Regierung in den letzten beiden Jahren die Spielräume für die Bergbaufirmen erweitert, auf Kosten der Umwelt- und Menschenrechte in den Bergbaugebieten.

Die Bergbauprojekte jedoch bringen grosse Risiken für die Bauern- und Indigenengemeinden Perus. So besteht immer das latente Risiko, dass das Land für ein Bergbauprojekt konzessioniert wird, das ihren Zugang zu Land, Wasser, Erde und natürlichen Ressourcen einschränkt.

Die Anzahl der Schürfrechte ist ständig angestiegen, vor allem in den letzten beiden Jahren. 2014 waren 20% des peruanischen Territoriums mit Schürfrechten belegt (Quelle: Cooperación). Die Versprechen und ihre Umsetzung halten dagegen nicht mit dieser Zahl mit. Verschiedene Studien weisen darauf hin, dass der Bergbau fast keinen positiven Effekt auf den Wohlstand und die Entwicklung der lokalen Bevölkerung hat (Arellano 2011, Arellano 2012).

Im Gegenteil, der uruguayische Wissenschaftler Eduardo Gudynas spricht von einem verwüstenden Extraktivismus „mit schwerwiegenden sozialen, wirtschaftlichen, umweltschädlichen und das Land betreffenden Folgen auf lokaler und nationaler Ebene“ (Gudynas 2012).

Mit dem Bergbauboom sind in den letzten 10 Jahren auch die Anzahl von sozialen Konflikten gestiegen. Im März 2015 verzeichnete die peruanische Ombudsstelle 141 Umweltkonflikte, von denen wiederum 94 bzw. 66,7% mit dem Bergbau zu tun haben. In mehr als der Hälfte der Konflikte geht es um den Zugang zu Ackerland oder zu Wasser.

Der Wettbewerb um den Zugang zu den natürlichen Ressourcen hat zu Konflikten geführt zwischen den bäuerlichen und indigenen Gemeinschaften einerseits und den Bergbaufirmen andererseits.

Viele dieser Konflikte wurden gewaltsam ausgetragen, nicht nur wegen des Zugangs zu den natürlichen Ressourcen, sondern wegen der Umweltverschmutzung, Gesundheitsproblemen, dem Landraub und der wirtschaftlichen Abhängigkeit vom Bergbau, wie auch wegen der beschränkten Entwicklungschancen für eine Region. .

Viele Nicht-Regierungsorganisationen und soziale Bewegungen kritisieren seit Jahren, dass die Umwelt- und Sozialstandards im Bergbau weder eingehalten noch kontrolliert werden. Einige Akteure kritisieren auch das extraktivistische Modell als solches. Im Moment wehrt sich die Bevölkerung im südperuanischen Valle del Tambo gegen das Kupferabbauprojekt Tía María“. Ihr Motto ist „Landwirtschaft und Wasser ja, Bergbau nein“. In vielen Fällen unterdrückt die Regierung die Proteste gewaltsam und diffamiert die Anführer und die Demonstranten als „Anti-Bergbau-Terroristen“. Das ist auch in Tía María der Fall.

Theoretische Annäherungen

Das theoretische Konzept der Politischen Ökologie ist ein wichtiger analytischer Beitrag, um die Komplexität der Umwelt- und Landkonflikte besser zu verstehen (Bebbington 2013), denn die politische Ökologie analysiert die Verbindung zwischen den Machtinteressen der verschiedenen Akteure und deren Diskurse. So ist es z.Bsp. wichtig zu wissen, dass ein lokaler Konflikt seinen Ursprung in der globalen Nachfrage und im kapitalistischen Rennen um Energiequellen hat.

In den letzten 10 Jahren hat in Lateinamerika und insbesondere in Peru ein „schneller und aggressiver Extraktivismus“ (Bebbington 2013) stattgefunden. Die natürlichen Ressourcen, die Mineralien, Erdöl und Erdgas sind unverzichtbar für das Wachstum der kapitalistischen globalen Wirtschaft. Dies bedeutet, dass „die Bergbautätigkeit den Druck auf die Wasserressourcen in den Gegenden erhöht, in denen das Wasser bereits knapp ist“ (Bebbington 2013).

Die Theorie der Ökologie der Armen bringt die zusätzliche Perspektive der lokalen Akteure. Im Rahmen der Bergbaukonflikte, wo der Streit um die Nutzung und den Zugang zu Land, Wasser und die Verteidigung des Landes geht, zeigt sie uns, dass der Widerstand der armen Landbevölkerung sich nicht auf ihr Umweltbewusstsein stützt, sondern „weil sie ihre eigene Subsistenz durch ein Bergbauprojekt bedroht sehen“ (Martínez-Alier 2002).

Bauerngemeinschaften verteidigen die familiäre Landwirtschaft

In vielen ländlichen Gegenden Perus protestieren die Bauerngemeinschaften gegen Bergbauprojekte, sie verteidigen ihr Land. Ein Beispiel ist die Bauerngemeinschaft Cruz de Mayo, in der Region Ancash, die seit 2008 mit diesem Problem kämpft. Auf 224 Hektar ihres Landes hat der peruanische

Staat Schürfrechte für ein Bergbauprojekt vergeben (CEAS 2011).

Das Dorf liegt auf 3500 Meter Höhe an der Quelle der Flüsse Iullán und Parón. Das Dorf lebt von der familiären Landwirtschaft, sie bauen vorwiegend Kartoffeln, Mais, Bohnen und Blumen an, für den Markt und für den Eigengebrauch.

Die familiäre Landwirtschaft ist der Haupterwerb der Bevölkerung, immer mehr bewirtschaften auch ökologisch. „Bisher können wir gut von unserer Landwirtschaft leben“, sagt der Bauer Adán– „deswegen verteidigen wir unser Land, weil das nicht zusammengeht, eine Mine auf unserem Land und die Landwirtschaft“. Derweil sagt Antonio, ein anderer Bauer: „Der Bergbau würde die Qualität und die Menge des Wassers beschneiden und würde sich nachteilig auf die Landwirtschaft und unseren Lebensstil auswirken. Wenn ich das Land verkaufe, habe ich zwar Geld, aber was tue ich, wenn das Geld aufgebraucht ist und ich kein Land mehr habe zum Säen?“, sagt María, eine Bäuerin, die dort wohnt, wo es mehrere Quellen gibt.

Die Gemeinschaft hat sich organisiert, um ihr Land zu verteidigen. Die Bauern sind davon überzeugt, dass eine Stärkung der familiären Landwirtschaft und eine Diversifizierung der Wirtschaft in den ländlichen Gebieten viele Vorteile bringen würde. Eine Studie von F. Eguren und M. Pintado aus dem Jahr 2015 sagt: der Beitrag der kleinbäuerlichen Landwirtschaft für die landwirtschaftliche Produktion in Peru zeigt die Bedeutung der familiären Landwirtschaft mit ihrem hohen Beitrag an die wirtschaftlich tätige Bevölkerung und den grossen Beitrag an den Wert der landwirtschaftlichen Produktion.

Nach dem Extraktivismus: Perspektiven

Zusammenfassend kann man sagen: aufgrund der grossen Konfliktivität, die durch die Bergbauprojekte und den Kampf um Zugang zu Wasser und Land ausgelöst werden, ist das extraktivistische Modell nicht nachhaltig. Die Anzahl von Bergbaukonflikten und Widerstandskämpfen zeigt die strukturellen Schwächen und Fehler dieses Modells. Deswegen braucht es eine Alternative zum Bergbau.

Einige Theoretiker, Kritiker und Anführer von sozialen Bewegungen fordern Übergänge zu einem post-extraktivistischen Modell. Einem Modell, das nur soviel Bergbau erlaubt, wie es wirklich notwendig und unverzichtbar ist, ohne Umweltverschmutzung und Menschenrechtsverletzungen. Es gibt Beispiele dafür, wie verschiedene post-extraktivistische Autoren zeigen (Bebbington 2013, Rauch 2009), allerdings nur auf lokaler Ebene und ohne Verbindung zur nationalen Wirtschaft mit ähnlichen Charakteristiken und deshalb auch ohne Nachhaltigkeit.

Um Übergänge zu einem post-extraktivistischen Modell zu leben, braucht es eine Diversifizierung der nationalen und lokalen Wirtschaft. Die Stärkung der familiären Landwirtschaft ist ein wichtiges Element auf dem Weg zu diesem Modell.

Die familiäre Landwirtschaft stärkt die Gemeinden und ihre Wirtschaft, so wie auch die landesweite Wirtschaft und den Umweltschutz. Deswegen ist die familiäre Landwirtschaft eine realistische und nachhaltige Alternative zum Bergbau. Ihr Potential für ein post-extraktivistisches Modell ist wichtig, zusammen mit dem Modell des Guten Lebens auf regionaler und Post-Wachstums-Modellen auf internationaler Ebene.

Mattes Tempelmann (Red Muqui – Comundo)

Der Text wurde erstmals in spanisch veröffentlicht auf <http://www.sudamericarural.org/nuestra-produccion/dialogos/160?view=dialogos>

8. Regenwaldschützer von Haftstrafen bedroht

Vor vier Jahren wurde in Satipo der Dorfpräsident Mauro Pio von gedungenen Mördern erschossen. Der Mord hat bis heute ein übles Nachspiel im Asháninka-Dorf Amanecer Haway.

Gonzalo Mauro Pio, Julio Luis Pampa R. und Américo Balloqui C. leben in der Asháninka-Dorfgemeinschaft Nuevo Amanecer Haway. Dieses Dorf liegt acht Stunden Autofahrt von der

Distrikthauptstadt Satipo im zentralen Regenwald Perus entfernt. Ihr Territorium umfasst 32.000 Hektar. Der größte Familienclan ist der der Pio, die von 1970 bis 2011 die Dorfchefs stellten. In den 80iger Jahren erlitten sie die Brutalität des Terrors durch den „Leuchtenden Pfad“ (Sendero Luminoso). Im letzten Jahrzehnt mussten sie sich mit der neuen Gefahr, den Invasionen durch Neusiedler und Firmen von Holzfällern auseinandersetzen. Mit diesen kamen Kriminelle und gedungene Mörder ins Dorf. Mauro Pio P. klagte, als damaliger Dorfchef, die zunehmenden Übergriffe, Urwaldzerstörung und illegale Landbesetzung bei der Polizei, der Justiz und zuständigen politischen Instanzen an. Diese forderten „sichtbare Beweise“ in Form von z.B. Videoaufnahmen von den Überfällen. Das konnte die Gemeinschaft nicht erbringen.

In der Zwischenzeit bekam die Holzfirma Balarin im Distrikt Pichanaki eine offizielle Konzession zur Abholzung. Die Firma begnügte sich nicht mit der Abholzung in ihrem Konzessionsgebiet sondern drang immer weiter in das Gebiet des Waldes von Nuevo Amanecer Haway ein. Sie begann sogar mit dem Verkauf von Parzellen des Territoriums der Dorfgemeinschaft an Neusiedler.

Ermordung des Dorfchefs

Im Jahre 2011 entschied die Holzfirma, den Dorfchef Mauro Pio P. für immer zum Schweigen zu bringen. Drei bezahlte Mörder erschossen ihn auf offener Straße in der Stadt Satipo, als er dort Angelegenheiten für sein Dorf erledigte. Die Mörder wurden verhaftet und verurteilt. Seit Mitte 2015 sind sie „einfach so“ wieder auf freiem Fuß. Fachleute nehmen an, dass die Holzfirma hier wohl „der Justiz“ gegenüber Geld eingesetzt hat.

Angesichts der zunehmenden Übergriffe, Landdiebstahl und Urwaldzerstörung und dem totalen Desinteresse von Justiz, Polizei und Politik beschlossen die BewohnerInnen in einer Dorfversammlung, sich zu verteidigen. Sie konnten die 80 mit Gewehren ausgestatteten Invasoren mit Pfeil und Bogen vertreiben und drei der Anführer festnehmen. Diese wurden vorübergehend im Dorf festgehalten. Vertreter von Nuevo Amanecer Haway fuhren umgehend in die Provinzstadt Satipo um der diensthabenden Staatsanwältin zu informieren und die Abholung der Invasoren durch die Polizei zu beantragen. Die Staatsanwältin ließ sich den ganzen Tag nicht sehen und auch nicht den nächsten Tag. Später stellte sich heraus, dass sie in dieser Zeit mit der Firma Balarin über diesen Fall verhandelte.

Anklagen wegen Entführung, Körperverletzung und versuchtem Mord in mehreren Fällen

Die Vertreter der Dorfgemeinschaft mussten unverrichteter Dinge wieder nach Hause fahren und die Festgehaltenen laufen lassen. Bald danach eröffnete die Anklagebehörde Anklage gegen die drei Dorfvertreter wegen Entführung, Körperverletzung und versuchtem Mord in mehreren Fällen. In der ersten Verhandlung, in der Stadt La Merced, wurden sie vom Vorwurf des versuchten Mordes freigesprochen. Aber die Staatsanwältin in Satipo machte weiter. Jetzt geht es um Entführung. Darauf stehen bis zu 30 Jahren Gefängnis in Peru. Nun fängt der Prozess gegen sie an. Im Gericht wurden sie von einem Anwalt angesprochen. Er sagte, dass er kein Honorar verlangen würde und gab ihnen den Rat, die Schuld schnell zuzugeben. Das würde einen guten Strafnachlass ergeben. Es besteht der Verdacht, dass dieser Anwalt, der sonst sehr viel Geld verlangt, hinter dem Rücken der drei Dorfverantwortlichen mit der Holzfirma einen Deal ausgemacht hat, um von dieser gut bezahlt zu werden.

Von MitarbeiterInnen der Nichtregierungsorganisation Imperita wurde der Rechtsanwalt Dr. Gines Barrios A. gebeten, die Verteidigung der Asháninka zu übernehmen. Er ist als engagierter Anwalt für die Belange der indigenen Bevölkerung in der Region Junin bekannt. Er vertritt die Angeklagten nunmehr vor dem Gericht in Satipo und wird, für den eventuell eintreffenden Fall, diese auch vor dem Berufungsgericht in der peruanischen Hauptstadt Lima vertreten.

Die Situation ist auch deshalb so drastisch, weil vom Ausgang des Verfahrens mit abhängt, ob die Bewohner von Nuevo Amanecer Haway ihre 32.000 Hektar intakten Regenwald vor den Holzfällern schützen können.

Wer die Dorfgemeinschaft unterstützen will, kann gerne Kontakt aufnehmen: Arbeitskreis München-Asháninka, mail: akma@nordsuedforum.de

(Heinz Schulze)

9. Sollen in Isolation lebende Indigene kontaktiert werden ?

Im Grenzgebiet von Brasilien und Peru leben noch nie kontaktierte bzw. freiwillig isolierte Indigenas. Wie sollen Gesellschaft und Politik mit deren Wunsch nach Isolation umgehen ? Oder wie könnte eine Annäherung an die moderne Welt aussehen ? Heinz Schulze stellt die Argumente für und wider Kontaktaufnahme vor.

Bei den in freiwilliger Isolation lebenden Indigenen im südlichen Peru, z.B. den Mashco Piro oder den Nanti (Region Madre de Dios) handelt es sich nicht um Indigene, die seit der Besiedlung dort leben, sondern um Nachkommen derjenigen, die sich vor 150 Jahren vor den Gräueltaten der Kautschukhändler zurückgezogen haben. Geschätzt wird, dass während des Kautschuk-Booms ca. 250.000 Indigene umgekommen sind. Ein Name taucht in diesem Zusammenhang immer wieder auf: Fitzcarrald, ein brutaler Menschenhändler. Der Film *Fitzcarrald* von Werner Herzog mit Klaus Kinski trifft die Realität nicht. Allerdings wurden die als Film-Statisten angeheuerten Asháninka bei den Dreharbeiten in kolonial anmutender Manier behandelt. Rosa Montalvo macht auf eine weitere Tatsache aufmerksam: Die versklavten Mashco Piro ermordeten Carlos Sharff, der als einer der Aufseher von Fitzcarrald ca. 2.000 Indigene bei der Kautschukproduktion befehligte. Wenn ein einziger Aufseher so viele Sklaven hatte, wie viele waren es wohl im Hoheitsgebiet Fitzcarralds, am Fluss Purus und der Manú-Region? Nach der Ermordung von Sharff flüchteten die Mashco Piro tief in andere Teile des Regenwaldes bis weiter nördlich in das heutige Acre in Brasilien. Die in freiwilliger Isolation Lebenden verbrachten die ganzen Jahrzehnte im Wald; seit 2011 werden sie vermehrt gesichtet.

Dieser Beitrag wirft einen Blick auf die Ursachen heutiger Probleme in Zusammenhang mit den Nicht-Kontaktierten und auf vorhandene Lösungsansätze.

Nicht-Kontaktierte in Peru

Der frühere peruanische Präsident Alan Garcia sagte sinngemäß, dass die Antikapitalisten die Figur der Nicht-Kontaktierten erfunden hätten um Peru am Fortschritt zu hindern. Dadurch würde Peru auf Millionen Dollar Einnahmen verzichten, die im peruanischen Urwald durch Ressourcenabbau erzielt werden könnten, nur, weil es angeblich einige Indianer dort gäbe. Alan Garcia erklärte später die Zerstörung von Regenwald zur Umwandlung in Palmölplantagen zur Angelegenheit von nationaler Bedeutung und führte mit der brasilianischen Baufirma Odebrecht Vorverhandlungen über den Bau zahlreicher Staudämme im Regenwald zur Stromgewinnung für die brasilianische Industrie. Der damalige Präsident von Peru Petro erklärte, es sei absurd zu behaupten, dass es Nicht-Kontaktierte gebe, da keiner sie gesehen habe.

Die jetzige Regierung von Präsident Humala leugnet nicht mehr die Existenz von Nicht-Kontaktierten. Sie wurden in letzter Zeit ja nicht nur mehrmals gesehen, sondern auch fotografiert. **Schätzungen gehen von ca. 8.000 Nicht-Kontaktierten im peruanischen Regenwald aus, die peruanische Regierung spricht von „eher 5.000“.**

Am 5.8.2015 erließ das peruanische Kulturministerium die Resolution 258-2015-MC, mit der der „Plan besonderer Aufmerksamkeit für die Mashco-Piro an den Ufern des Alto Madre de Dios“ bestätigt wurde, die das Leben der isolierten Bevölkerung schützen soll, die in den vergangenen Jahren unkontrollierten Kontakten ausgesetzt war.

Die Abteilung „Interkulturelle Angelegenheiten“ des Ministeriums sprach anfangs von „sporadischem Erscheinen“ dieser indigenen Gruppen, später aber waren diese so häufig, dass ein Plan entwickelt wurde, um das Leben dieser Bevölkerungsgruppen durch falsche Kontakte nicht zu

gefährden. Die Zeitschrift *Actualidad Ambiental* sprach mit der Anthropologin Lorena Prieto Coz, Leiterin der Abteilung „Isoliert lebende indigene Völker und Anfangskontakte“ im Kultusministerium. Sie stellte klar, dass der früher, auch von ihnen benutzte Begriff „kontrollierter Kontext“ falsch sei, da das peruanische Ministerium nicht dasselbe machen würde wie die brasilianische „Indianerbehörde“ (FUNAI), nämlich isoliert lebende indigene Bevölkerung zu suchen, um gegen ihren Willen Kontakt mit ihr aufzunehmen. Weiter betonte sie, dass der ursprünglich von ihrer Behörde ins Gespräch gebrachte Begriff „kontrollierte Kontaktaufnahme“ bedeuten würde, diese Indigenen zu „zivilisieren“, ihnen Personalausweise zu geben und Sozialprojekte zu initiieren, die eine Integration fördern würde. Das Konzept der Kontaktaufnahme würde speziell von Missionaren evangelikaler Religionsgemeinschaften gefordert, die die „unchristlichen Indigenen“ zum „wahren Glauben“ bringen wollen. Der oben beschriebene Plan gilt als Notstandsplan bis zum Dezember 2015. Danach sollen die gemachten Erfahrungen analysiert und in einem umfassenden neuen Plan integriert werden. Wie der aussieht, ist noch nicht bekannt.

Für den Präsidenten der Region Madre de Dios, Luiz Otsuka S. stellt sich die ganze Angelegenheit so dar: „Die ganze Sache ist einfach... Die isolierten Gruppen haben Hunger und wollen da raus. Warum sollen wir sie nicht ein für alle Mal zivilisieren? Warum sie nicht in die Gesellschaft integrieren? Dafür sind wir als Regionalregierung zuständig“. Dieses Konzept wollte er auch sofort in die Praxis umsetzen, indem er durch das dortige Naturschutzgebiet den Bau einer Straße genehmigte. Hier ging aber die zuständige Umweltbehörde (Sernap) dazwischen. Sie nahm die Vorermittlungen gegen Otsuka auf, weil er und seine Regionalregierung gegen Gesetze, Regeln und Auflagen verstoßen hat, in diesem Schutzgebiet eine Straße bauen zu lassen. Dieser Ansicht schloss sich das Umweltministerium an. Dieses sieht das Ziel gefährdet, das mit der Schaffung des Nationalparks Manu verfolgt wird.

Ungebetene Gäste & Medien

In den letzten vier Jahren wurden immer öfter Nicht-Kontaktierte in kleinen Gruppen an den Ufern des Flusses Alto Madre de Dios im Nationalpark Manú, in der Nähe der indigenen Machiguenga-Dorfgemeinschaft Shipetiari (im Distrikt Fitzcarrald), gesichtet. Am 9.9.2014 berichtete die Nachrichtenagentur Reuters, dass sechs Frauen der Mashco Piro nach dem Überfall auf eine Touristenherberge im Nationalpark mit ihrer Beute (Metalltöpfe und dergleichen) in den Wald zurückgelaufen seien. Im Jahre 2015 kamen Mashco Piro schon fünf Mal „zu Besuch“ und nahmen Werkzeuge (Macheten) und Nahrungsmittel mit. Am 1.5.15 töteten die Mashco Piro bei einem dieser Überfälle einen jungen Mann mit einem Pfeil – ungeklärt, warum. (Es gab umfangreiche internationale Berichterstattung – es geht schließlich um „Wilde“. Als neun Monate zuvor die Holzfällermafia vier Asháninka, Aktivisten gegen illegalen Holzeinschlag, erschoss, erregte das weniger Aufsehen.) Die Journalistin Mitra Taj zitiert als Beweis dafür, dass die Nicht-Kontaktierten unzivilisiert seien, einen Bewohner des Dorfes Diamante, Henry Bonifaso: „Einmal haben wir ihnen eine Flasche gekühlter Limonade als Gastgeschenk ans Flussufer gelegt. Ein Mann hat sie in die Hand genommen und als er merkte, dass sie kalt war, hat er sie weggeworfen. Er wußte halt nicht, was das war.“

Reaktionen der überfallenen Dörfer

Aus einer schriftlichen Erklärung des Dorfes Shintuya vom 8.3.2015 geht hervor: Die Mashco Piro tauchen seit 2011 in der Umgebung auf und dringen, wohl aus Not, in die Anpflanzungen und Häuser ein. Der regionale Zusammenschluss der indigenen Organisationen FENAMAD rede nur und verbiete den Anwohnern, zu den Mashco-Piro in den Wald zu gehen und ihnen zu helfen, aus ihrer Isolation herauskommen, in die sie getrieben worden seien. Das Dorf fordert Unterstützung, damit die „Nicht-Zivilisierten“ nicht genetisch degenerieren, wenn sie nur in ihrer geschlossenen Gruppe leben.

Der Dorfchef Henry Rosa Alvares aus dem Nachbardorf beschreibt in fast gleichen Worten in

seiner schriftlichen Stellungnahme die Situation und fügt noch hinzu: „Wir sind bereit, sie aufzunehmen und sie lehren zu arbeiten, damit sie nicht mehr stehlen müssen.“

Im offenen Brief aus der Ortschaft Diamante, im Distrikt Fitzcarrald, heißt es, dass sie als Yne dieselbe Sprache sprächen wie die Nicht-Kontaktierten und diese ihnen das Öfteren erklärt hätten, dass sie hungrig und krank seien und leben wollten wie die Menschen in der Ortschaft. Sie verweisen darauf, dass die Mashco Piro vor den Gräueltaten der früheren Kautschukhändler geflohen und dadurch verurteilt seien, heute durch den Urwald zu ziehen, obwohl sie sich heute integrieren und aus ihrer Zwangsisolation herauskommen wollten.

Über den richtigen Umgang mit den Waldmenschen

Im Kern geht es bei der Frage des richtigen Umgangs mit den isoliert lebenden Mashco Piro um folgende Positionen und Vorschläge:

a. Keinerlei Kontakt (Benennung von nicht zu betretenden Gebieten), Kontaktaufnahme und behutsame Kontaktaufnahme zu denen, die nicht mehr isoliert leben wollen. Dieses absolute Zutrittsverbot zu den geschützten Territorien ist geltendes Recht in Peru.

Luis Felipe Torres, Berater im peruanischen Kultusministerium, Abteilung Indigene Völker, betont, dass dort sowohl die isolierten als auch die in Dorfgemeinschaften lebenden Indigenen geschützt werden müssten. Er vertritt das Kein-Kontakt-Prinzip, weil die Nicht-Kontaktierten freiwillig isoliert lebten und Kontakt zur „Zivilisation“ sehr gesundheitsgefährdend sei und bis zum Aussterben führen könne.

Ebenfalls sprechen sich für das Konzept „keinerlei Kontaktaufnahme und Sicherung der Territorien von isoliert Lebenden“ u.a. der regionale Zusammenschluss der indigenen Dorfgemeinschaften (FENAMAD) und der Zusammenschluss Indigener Organisationen in Peru, AIDSESEP, aus.

b. Pro Kontaktaufnahme

Das apostolische Vikariat in der betroffenen Region im südlichen Regenwald Perus beruft sich auf Menschen aus der Ortschaft Diamante und deren Berichte, dass sie mit den Nicht-Kontaktierten Fußball am Fluss spielten, gemeinsam gefeiert und ihren Masato (auch alkoholisch aus Maniok) getrunken sowie Kenntnisse und Informationen ausgetauscht hätten. Nicolás Flores (el Shaco) aus dem Dorf Shipetiari half den Mashco Piro viele Jahre durch den Tausch von Nahrungsmitteln. Derzeit findet eine „Kontaktaufnahme“ in der Form statt, dass Mashco Piro auf dem Fluss fahrende Personen auffordern, ihnen Bananen, Maniok, Macheten oder Töpfe zu überlassen. Die Gefahr ist groß, dass insbesondere die Touristen durch Kleiderspenden die gefürchteten Erkältungskrankheiten übertragen, oder Krankheiten absichtlich durch „Spenden“ von Personen aus dem Drogengeschäft, Holzfällern oder illegalen Goldsuchern verursacht werden. Diese makabre „Säuberungstechnik“ ist aus anderen Gegenden des Regenwalds bekannt. Dass eine Kontaktaufnahme tragisch enden kann, zeigte auch das Beispiel Shell: Arbeiter der Firma nahmen Kontakt zu Isolierten auf, worauf etwa die Hälfte der kontaktierten indigenen Gruppe verstarb; die Rede ist von mehr als 200 Toten. Untersuchungen über die Gesundheitssituation der Nicht-Kontaktierten Indigenen gibt es nicht. Wenn aber in der Region Madre de Dios aufgrund der kriminellen Goldgewinnung an den Flüssen acht von zehn Personen eine sehr hohe Dosis von Quecksilber im Körper aufweisen, ist davon auszugehen, dass die dadurch entstehenden Erkrankungen um die nicht-sesshaften Menschen keinen Bogen machen.

Die Vertreter dieser kontrollierten Kontaktaufnahme sehen diese als gerechtfertigt, weil, so ihre Aussagen, die Betroffenen gar nicht mehr in ihrer Isolation leben wollten.

Eine Sache ist das Handeln der Kultur- und Umweltbehörde. In einer „anderen Liga“ spielen die Ministerien Bergbau, Landwirtschaft, Wirtschaft etc. Neue Gesetze sollen die Ausbeutung des Regenwaldes weiter erleichtern. Hier handelt es sich um die Gesetze Nr. 1197 und 1210. Dazu Juan Carlos Ruiz M. vom Justicia Viva Blog (IDL – Instituto de Defensa Legal): Diese Gesetze sollen Kauf und Enteignung von Landbesitz vorantreiben und die Überwindung vorhandener „juristischer Schwierigkeiten“. Das gilt besonders für Projekte und Vorhaben im Bereich der Infrastruktur und

extraktiver Industrie. Intention und somit die große Gefahr dieser Gesetze ist, die verfassten Landrechte (indigenes Geheimschaftland) weiter auf zu weichen. Indigene Dorfgemeinschaften haben ihr Land als Kollektivland, nicht als Privatbesitz. Die Mitglieder dieser Dorfgemeinschaften erhalten ihre Parzellen zur Nutzung. (Es können Mitglieder einer Dorfgemeinschaft aber woanders Land kaufen, das ist dann privater Besitz). Die Vorstellung ist, das Gemeinschaftsland wie individuellen Privatbesitz behandeln zu können.

In der Analyse der Gesetzestexte stellen die Juristen von IDL fest, dass u.a. darin vom Schutz der Nicht-Kontaktierten Indigenen die Rede ist. Aber es gibt keinen Hinweis auf den Schutz von kollektivem Land im Regenwald und den Anden. Damit besteht die Gefahr, dass in der aktuellen Diskussion um die Rechte der Nicht-Kontaktierten klammheimlich die Rechte der anderen indigenen Gemeinschaften verwässert werden.

IDL weist weiter darauf hin, dass diese Gesetze zusätzlich zu früheren Anti-Regenwald-Gesetzen und Erlassen beschlossen werden. Sie nennen z.B. die Aufweichung des Umweltverträglichkeitgesetzes (EIA), dem Gesetz, dass die Umwelt nicht mehr als selbst zu schützendes Gut zu sehen ist oder das Gesetz 30327, das in Kraft tritt, wenn im Regenwald Vorhaben anstehen, die von „nationalem Interesse“ sind.

Position der örtlichen katholischen Kirche

In einer dreiseitigen Stellungnahme des örtlichen „Bischofs“ (Vicariato Apostolico) von Puerto Maldonado und die Missionsstation des Dominikaner-Ordens heißt es u.a.:

Nach der Betonung, dass die Dominikaner seit 1902, also mehr als 100 Jahre mit den Menschen dort leben und Kenntnis von indigenen Gruppen hätten, die von der Geschichte von ihren eigenen Völkern getrennt worden seien, es also Familien seien, die sich früher veranlasst gesehen hätten in Abgeschiedenheit zu leben um sich vor den Übergriffen des Weißen Mannes zu schützen... , wird weiter argumentiert:

„Diese freiwillige Gefangenschaft war nicht gewünscht sondern entstand durch Zwang. Wir Menschen wollen in Gemeinschaft leben, nie alleine. Eine kleine Gruppe von Menschen, die durch den Urwald zieht, kann sich nicht erhalten: Nicht kulturell, nicht biologisch. Je mehr wir die indigenen Völker kennen, desto mehr sind wir der Überzeugung, dass sie in Konditionen von Freiheit und mit Unterstützung sehr kommunikativ sein können. Deshalb akzeptieren wir in keinem Fall die Idee einer Isolierung und das als von den Mashco Piro gewollt, darzustellen.“

Weiter betonen die Missionare, dass sie mit erzieherischen Mitteln und sozialen Programmen daran arbeiteten, dass die Indigenen in ihrer Region gestärkt würden... und, dass die Aktivitäten der indigenen Föderation FENAMAD verhängnisvoll seien und dass es nicht angehe, dass indigene Organisationen sich von internationalen Organisationen beeinflussen ließen.

(Anmerkung: Ein Teil der Gelder für die o.g. Programme kommen aus den Zuwendungen der staatlichen Erdölgesellschaft, H.Sch.)

Position des regionalen indigenen Zusammenschlusses (Föderation) FENAMAD

Die Federación Nativa del Rio Madre de Dios y Afluentes betont in ihrer Erklärung zunächst, dass sei seit 1982 die Vertretung der dortigen 33 indigenen Dorfgemeinschaften ist. Als allein legitimierte Organisation der Indigenen selbst setzt sie sich ein für das Recht der Nicht-Kontaktierten auf die biologische und kulturelle Unversehrtheit (Leben). Dabei nimmt FENAMAD Bezug auf geltende nationale und internationale Normen, die den absoluten Schutz ihrer Territorien vorsehen, wie die ILO-Konvention Nr. 159 mit den Artikeln 13 und 14.. FENAMAD kritisiert die Vorstellungen des Apostolischen Vikariats und der Dominikaner-Mönche, dass die Mashco Piro aus Gründen ihres früheren Rückzugs in einem „Zustand des Irrtums“ leben und, dass diese Gründe heute nicht mehr vorhanden seien. Das würde so nicht stimmen, denn die aktuellen Gefahren gegen die Nicht-Kontaktierten würden heute systematisch weitergehen. FENAMAD verweist darauf, dass z.B. die nationale peruanische Erdölgesellschaft Petroperu Konzessionen für zwei größere Gebiete

(speziell für das Lote 187) in dieser Region beantragt hat.

Weitere Argumente sind: Die Haltung der Katholischen Kirche dort unterstütze all diejenigen Kräfte, die die Indigenen evangelisieren wollen, was eine Assimilierung bedeuten würde und eine gewaltsame Integration sei. „Die Aussagen der Missionare zielen darauf ab, uns Indigene zu spalten und uns als Zusammenschluss der indigenen Dorfgemeinschaften schlecht zu machen.“ Es wird gefordert, dass Alleingänge unterlassen werden sollten, und dass zum Wohl Aller im vorhandenen Netzwerk mitgearbeitet werden solle. Es sei verwunderlich, dass die Missionare, von denen viele Ausländer sind, sich als die wahren Kenner der komplizierten Situation präsentieren und die indigenen Organisationen als gefährliche Akteure darstellen. –

FENAMAD erinnert auch an einen sehr zwiespältigen Fall: 1984 nahmen die Missionare eine Gruppe der Nahuas bei sich in der Missionsstation Shintuya auf. Die Indigenen verhielten sich aber „nicht angemessen“ – so die Aussage der Missionare – und wurden wieder rausgeworfen, in eine schlechtere Lebenssituation als vorher. -

FENAMAD sieht als weitere eigene Aufgabe, die angrenzenden Dörfer zu schulen, wie sie sich besser verhalten und auch schützen können. Gefordert wird, dass die Menschen in den umliegenden Dorfgemeinschaften endlich z.B. gegen die Grippe geimpft werden, damit sie nicht die Unkontaktierten anstecken. Am 21.7.15 kritisierte FENAMAD das Vorhaben der peruanischen Regierung, eine „kontrollierte Kontaktaufnahme“ mit den Mashco Piro zu beginnen. Das sei unangemessen, sehr gefährlich und verstoße gegen geltende nationale und internationale Abkommen. Außerdem wird kritisiert, dass auch hier diese Entscheidung ohne Beteiligung der indigenen Organisationen erfolgt sei. Es sei eine Anmaßung zu sagen, dass die Mashco Piro nicht in freiwilliger Isolation leben wollten, sondern mit dem Rest der Gesellschaft zusammen leben wollten. FENAMAD betont nochmals, sich vehement dafür ein zu setzen, dass das Territorium der Mashco Piro als absolutes Schutzgebiet von der peruanischen Regierung erklärt und gegen das Eindringen Dritter gesichert wird. Das sei so ja auch bereits 2007 im Programm zum Schutz von indigenen, in freiwilliger Isolation lebenden Völkern (PIAN) sowie im dafür erlassenen Gesetz Nr. 28736 vom peruanischen Parlament beschlossen worden.

Der Dachverband der indigenen Organisationen Perus AIDASEP spricht sich ebenfalls klar gegen eine kontrollierte kontaktierte Kontaktaufnahme aus und verweist auf das Recht der Selbstbestimmung der indigenen Völker.

Andere Stimmen

Die in Peru maßgebliche wirtschaftsnahe Zeitung El Comercio ist für eine kontrollierte Kontaktaufnahme.

Es gibt einige Nichtregierungsorganisationen, die sich mit dem Thema beschäftigen. Eine ist Pro Purus (mit Sitz in der Hauptstadt Lima) die sich für eine nachhaltige Entwicklung in der Region Purus im Department Madre de Dios, (ca. so groß wie Bayern und Baden-Württemberg – Purus Nationalpark) engagiert. Eine andere ist die Upper Amazon Conservancy (USA), die u.a. mit Flugzeugen den Regenwald überfliegt, um Siedlungen der Nicht-Kontaktierten zu finden. Auffällig ist, dass sie – so zumindest der Bericht in der Süddeutschen Zeitung (20.-21.6.15: Die letzten isolierten Völker der Welt) – gar keine Kooperation mit dem regionalem Netzwerk oder der FENAMAD hat.

Schlussbemerkung

Die ganze Situation ist, wie man lesen konnte, kompliziert. Ein Schutz der Nicht-Kontaktierten wird nur möglich sein, wenn die peruanische Regierung ihre internationalen Zusagen einhält und wenn gesichert wird, dass die „für die industrielle Welt“ interessanten Bodenschätze dort nicht ausgebeutet werden.

Heinz Schulze

Quellenverzeichnis (nach Datum geordnet):

Beatritz Huertas Castillo: Los pueblos indigenas en aislamiento, IWGIA, 2002

Daily Motion:: Asi son los Mashco Piro, video, 22.8.2013

Reuters-tickers, übernommen aus swissinfo-ch vom 10.9.2014

Comunicado de la comunidad Diamante, 23.3.15

Menores del pueblo Nanti mueren por epidemia, Servindi, 22.4.15

Gaceta Ucayali: Mashcopiros: Flechan y matan a un comunero en Madre de Dios, 1.5.15

Madre de Dios: 8 de cada 10 personas presentan niveles altos de mercurio; Carniege Institution for Science, in: inforegion, Peru, 2.5.15

Indigenas aislados mataron a joven de comunidad nativa, El Comercio, Lima, 3.5.15

Comunicado de Vicariato Apostolico de Puerto Maldonado y los Misioneros Dominicos, Lima, 7.5.15

Mons. David Martinez de Aguirre, Bischof (Vicariato Apostólico) von Puerto Maldonado, Lima, 7.5.15

FENAMAD rechaza contacto „controlado“ de indígenas en aislamiento und: Pronunciamento de FENAMAD contra el Vicariato Apostolica de Puerto Maldonado, 19.5.15 und in Servindo vom 20.5.15.

Frederica Barday: Los Nanti – un pueblo amazónico en aislamiento vulnerable. Centro de Politicas Públicas y Derechos Humanas. Peru Equidad, in Servindi, 21.5.2015

Manuel Ansede: Die letzten Nicht Kontaktierten Stämme verlassen den Regenwald, El Pais, 4.6.15, übersetzt von Trudi Schulze-Vogel

Andrew Lawler: Die Ankunft. Drama in den Regenwäldern Perus..., Süddeutsche Zeitung, 20.-21.6.15

Indigenas aislados: Peru promueve principio de no Contactados, el Comercio, Lima, 26.6.15

Gobernador se reúne con comunidades indigenas, GOREMAD, 2.7.15

Organizan taller sobre pueblos indigenas en aislamiento, SZF in: inforegion, Peru 2.7.15

Madre de Dios: Advierten de nuevo encuentro con no contactados, El Comercio, Lima 7.7.15

AIDSESEP: La Protección de los pueblos en aislamiento voluntario es obligación del Estado, aidesep. org. 17.7.2015

AIDSESEP: Ministerio de Cultura anuncia que forzará el contacto a los pueblos indígenas en aislamiento de Madre de Dios, 17.7.15

Felipe Torres, sobre lo delicado que es hablar por otros, Lamula pe, 22.7.15

Califican de absurdo y peligroso plan de contacto controlado, Servindi, 17.7.15

Peru: Quien controla el contacto, in Servindi, 1.8.15

Federación indigena e iglesia polemizan sobre pueblos aislados, in Staepa-Cajamarca, Berlin, 1.8.15

Rosa Montalvo Reinoso, Servindi, 2.8.15

National Geograph – Same isoleted tribes... 13.8.15

El Peruano, Lima, 25.9.2015

Juan Carlos Ruiz M: Justicia Viva Blog, IDL, Lima, 1.10.2015

En que consiste el Plan que busca proteger a los indígenas en aislamiento Mashco Piro, SPDA, 3.11.2015

Minam rechaza proyecto de ley que respalda carretera ilegal que afectaría dos áreas protegidas, SPDA, 10.11.2015

VERANSTALTUNGEN

- **Berlin**

Montag, 14. Dezember 2015, 18:30 Uhr

Peru – Wider das Vergessen

Gedenkveranstaltung 30 Jahre nach dem Massaker in Accamarca (Region Ayacucho)

Mit Kerzen, peruanischer Gitarrenmusik und Gedenktexen wollen wir laut zum Ausdruck bringen:
¡Terrorismo nunca más! Nie wieder Terrorismus! Nirgends auf der Welt!

Im Anschluss wollen wir uns zusammensetzen zum Austausch und zum Jahresabschluss unserer Berliner ISP-Gruppe im Restaurant „Belluno“ (Kollwitzstraße 66)

Ort: Kollwitzplatz / Prenzlauer Berg, Berlin

- **Ixelles/Belgien**

Donnerstag, 7. Januar 2016, 19 Uhr

El actual conflicto alrededor del Proyecto Minero Tía María (Perú)

Aportes Técnicos que cuestionan la Viabilidad del El Proyecto Minero Tía María en la Provincia de Islay,
Arequipa

Con Javier Jahncke Benavente y Mattes Tempelmann (Red Muqui)

Lugar: Casa de América Latina – Dirección: Rue du Collège 27 – 1050 Ixelles (Belgien)

Más información: koen.warmenbol@11.be

- **Berlin**

Montag, 11. Januar 2016, 19:00 Uhr

Die andere Seite der Medaille – Folgen des Bergbaus in Peru und Alternativen aus der Zivilgesellschaft

Diskussionsveranstaltung mit Javier Jahncke und Mattes Tempelmann, Geschäftsführer und Mitarbeiter des Red Muqui (Lima)

Ort: Haus für Demokratie und Menschenrechte (Vorderhaus, Veranstaltungsraum 1. OG, bitte klingeln); Greifswalder Str. 4 a, 10405 Berlin (Tram M 4 und Bus 200 bis Am Friedrichshain)

- **Luzern/Schweiz**

Dienstag, 13. Januar 2016, 19.30 Uhr

«Konfliktmotor und Umweltzerstörung in Perú – ist ein anderer Bergbau möglich?»
Erfahrungen und Vorschläge aus der peruanischen Zivilgesellschaft

Mit Javier Jahncke Benavente, Red Muqui Lima und Mattes Tempelmann, Red Muqui/COMUNDO

Ort: Romerohaus , Kreuzbuchstrasse 44, Luzern

Sie können den Newsletter bestellen über die Website der

Informationsstelle Peru e.V., www.infostelle-peru.de

Rückmeldungen an die Newsletter-Redaktion bitte an

newsletter@infostelle-peru.de

Dieser Newsletter wird herausgegeben von der Informationsstelle Peru e.V. Er wird unterstützt von Engagement Global im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.



Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Informationsstelle Peru e.V. verantwortlich.

Die Informationsstelle Peru e.V. wird unterstützt von den Hilfswerken Misereor, Caritas international und Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst.

